

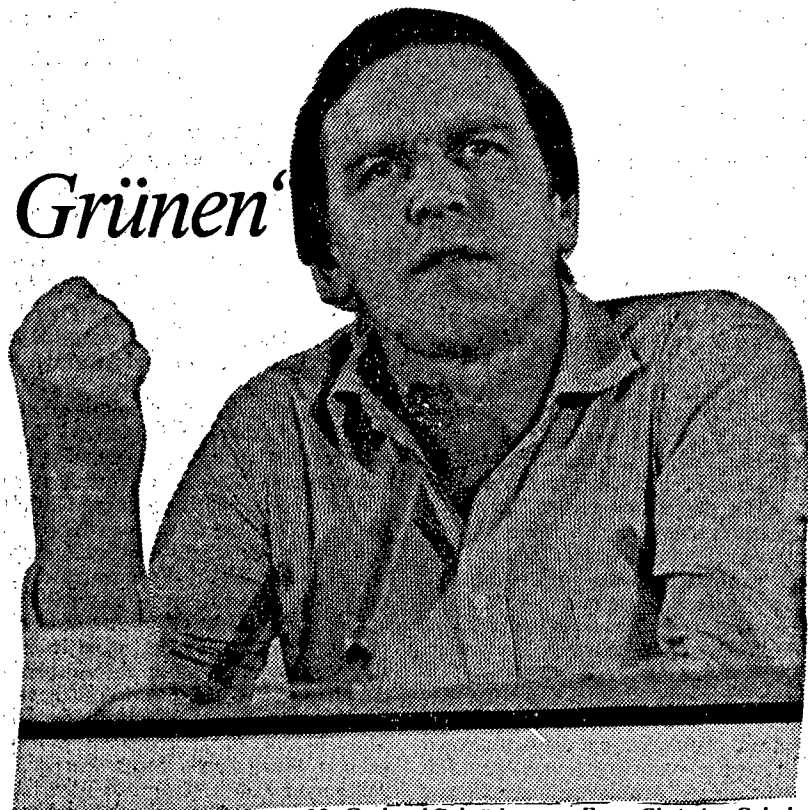
INTERVIEW

mit dem hannoverschen SPD-Bezirksvorsitzenden Gerhard Schröder

„Das geht zwangsläufig zu Lasten der Grünen“

Als der frisch gekürte SPD-Bezirksvorsitzende Gerhard Schröder Mitte Oktober seinen Anspruch auf die Spitzenkandidatur bei den Landtagswahlen 1986 anmeldete, handelte er sich prompt eine Rüge des Landesvorstands für seinen Alleingang ein. Der stellvertretende Landtagspräsident Bosse trat als Gegenkandidat auf und Landesvorsitzender Karl Ravens, der nach zwei Wahlniederlagen aufgegeben hat, bat Willy Brandt, nach einem geeigneten prominenten Kandidaten von außerhalb Ausschau zu halten. Doch weder Hans Apel noch die Bundestagsabgeordnete Anke Fuchs zeigten Neigung, gegen den ehemaligen Juso-Vorsitzenden anzutreten. Schröders Kandidatur liegt auf der gegenwärtigen Linie des Parteivorsitzenden, der den 39-jährigen erst kürzlich in Hannover als „einen politischen Profi mit

Instinkt für die Macht“ lobte. Schröder verspricht nicht nur, jedes niedersächsische Schützenfest durchzustehen und in allen Lebenslagen ein brauchbares Statement abzugeben, als ehemals prominenter Juso soll er das zurückholen, was die SPD links verloren hat. Am Wochenende hat der Vorstand des größten SPD-Bezirks im Land, des Bezirks Hannover, die Kandidatur seines Vorsitzenden befürwortet und auch Genossen aus anderen Teilen Niedersachsens werden bereits bei diesem vorstellig. Der Landesparteitag im Juli '84 wird sich endgültig zwischen dem ehemaligen Landrat Bosse aus Schöppenstedt und Schröder entscheiden. So ist nach kurzem Theaterröckchen das Rennen bereits vorbei. Die taz sprach mit Schröder über seine Kandidatur und seine Ziele.



Jugendforum 82: Gerhard Schröder Foto: Christian Schulz

taz: Noch vor einem dreiviertel Jahr hast du gesagt, 1986 noch nicht, sondern erst 1990 würdest du kandidieren. Wieso hast du deinen persönlichen Zeitplan geändert?
 Gerhard Schröder: Die SPD in Niedersachsen will jetzt in verschiedenen machtliehen Bereichen einen Neuanfang machen. Dieser Neuanfang muß auch personell ausgedrückt werden. Ein Übergangskandidat nur für die Wahl '86 kann das nicht leisten. Insofern waren meine persönlichen Zeitpläne nicht zu halten.

Welchen Spitzenkandidaten hat die SPD in Niedersachsen verdient? Dein Mitbewerber, der farb- und profillose Landtagsvize Bosse, ist doch für die bisherige SPD durchaus repräsentativ.
 Ja, genau. Er ist für die SPD, wie sie sich in

den letzten zehn Jahren hier dargestellt hat, ein repräsentativer Kandidat. Aber die Sozialstruktur der Mitgliedschaft der SPD wandelt sich. Und die Partei ist in einem inhaltlichen Wandel. Ein Kandidat für Niedersachsen braucht z.B. den Mut, eine Sicherheitspolitik jenseits der atomaren Abschreckung zu denken und zu definieren. Die Partei muß sich im Bereich Umweltschutz ein neues Profil geben. Auch in der SPD ist begriffen worden, daß die alte Gliederung „Wirtschaftswachstum entspricht sozialem Fortschritt“ nicht mehr stimmt. In Abgrenzung zur Regierung Albrecht muß klargemacht werden, wieviel Bürgerrechte eigentlich wert sind. Liberalität ist zu verteidigen. Intensiv muß die Frage diskutiert werden, wie geht es weiter mit der Beschäftigungspolitik.

in das Spektrum hineinwirken, das sich auf der Grenze zwischen SPD und Grünen zu Hause fühlt.
 Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. Es gibt ein Potential von notorischen Grün-Wählern, die die SPD in absehbarer Zeit nicht erreichen kann.

Hat die Kandidatur Schröder in Niedersachsen das Ziel, die Grünen wieder unter fünf Prozent zu drücken? Und wird sie nicht gerade deswegen von maßgeblichen Kreisen der Bonner SPD unterstützt?
 Das weiß ich nicht, ob man das in Bonn hofft. Ich halte es für notwendig, bestimmte inhaltliche Positionen, auf die die Grünen bisher ein Monopol angemeldet hatten, in die SPD zu integrieren. Eine so pointierte Wahlaussage geht zwangsläufig zu Lasten der Grünen. Man konkurriert doch um ein Potential von Wählerstimmen, das es nur einmal gibt.

Träumst du davon, mit Hilfe einer rot-grünen Mehrheit Ministerpräsident zu werden. Mein Traum ist, das allein mit der SPD zu schaffen.

„Keine Berufsverbote mehr in Niedersachsen“

Aber wenn die Alternative wäre, eine rot-grüne Konstellation oder Albrecht weiter, dann wäre ich auf jeden Fall für eine solche Konstellation.

Zur Wirtschaftspolitik. In Sachen Werftenhilfe waren sich CDU und SPD im niedersächsischen Landtag, Frau Breuel postuliert zwar: Keine Subventionen, aber gibt sie. Die SPD sagt: Subventionen. Nur als verbaler Unterschied?

Die Differenz liegt erstmal ganz generell in der Frage des staatlichen Interventionismus. Wenn es nicht spektakulär ist, tut die CDU nichts. Der Unterschied müßte im einzelnen nachgewiesen werden. Eine sozialdemokratische Regierung muß bei Werften und Stahl massiv intervenieren. Auch das, was in Hamburg unter dem Stichwort zweiter Arbeitsmarkt diskutiert wird, ist für Niedersachsen interessant. Mit Mitteln, die für Arbeitslosigkeit aufgewendet werden, lassen sich auch Arbeitsplätze finanzieren. Aber diese Diskussion ist

nicht am Anfang, ich kabe keine Patentrezepte. Man soll nicht so tun, als wäre eine Wahl der SPD '86 die Lösung der Krise, sie verbessert die Chancen, die Krise erträglicher zu machen.

Ist eine solche Wahl die Lösung für die Bürgerrechtsfrage?
 Ohne jemanden enttäuschen zu müssen, kann ich sagen: Es gibt keine Berufsverbote mehr in Niedersachsen, wenn wir das Sagen bekommen.

Heißt das, daß auch die Lehrer wieder eingestellt würden, die schon Berufsverbot bekommen haben?

Die Leute, die meiner Meinung nach zu Unrecht, also aus politischen Gründen abgelehnt worden sind, müssen eine Chance bekommen, eingestellt zu werden. Gibt es auch Lehrer, die zu Recht abgelehnt worden sind?

Nein. Ich sage ja, sie sind zu Unrecht abgelehnt worden. Ich kenne die Einzelfälle nicht. Es kann ja sein, daß sich jemand einen Brocken geleistet hat. Ich kann keine Persilscheine ausstellen. Aber wer lediglich wegen der Mitgliedschaft in einer oder der Kandidatur für eine nicht verbotene Partei abgelehnt worden ist, der würde die Chance haben, eingestellt zu werden.

Auch, wenn er deswegen entlassen worden ist?

Auch nach seiner Entlassung. Es darf diese ganzen Überprüfungen, diese ganze Hinterhershchnüffelei nicht geben. Wir brauchen natürlich ein Arbeitsrecht, ein Disziplinarrecht, um die Konflikte zwischen denjenigen, die für die Schule verantwortlich sind und denjenigen, die die Schule machen, zu regeln. Aber für mich ist der Maßstab der Beurteilung jedes Lehrers, gleichgültig, welcher Partei er angehört, das, was er in der Schule tut, nicht seine Gesinnung.

Wie sieht es denn im Bereich Umweltpolitik konkret aus? Angenommen, die WAA wird in Dragahn gebaut?

Dies ist jetzt meine persönliche Meinung.

ich weiß allerdings nicht, ob ich mich damit in der Partei durchsetzen kann. Meines Erachtens muß die SPD mit der Wahlaussage antreten, daß von uns weitere Genehmigungen für Wiederaufarbeitung nicht zu bekommen sind. Wir können allerdings die bis dahin erteilten nicht wieder zurücknehmen.

Würde die SPD versuchen, den Bauplatz wieder zur Wiese zu machen?

Für die SPD ist das schwierig zu formulieren. Ich selber bin gegen Wiederaufarbeitung in Dragahn, in Gorleben und sonstwo.

Ja gut, aber die CDU kann bis zur Wahl 1986 oder wahrscheinlicher 1990 Fakten schaffen und dazu müßte sich die SPD bei einem Regierungswechsel verhalten.

Wenn sie zu beseitigen sind, würden sie beseitigt. Aber ich kann ja hier nicht versprechen, ich kreppele die letzten zehn oder 15 Jahre CDU-Herrschaft wieder um. Die SPD ist nicht verantwortlich für das, was von der CDU hier angerichtet worden ist.

Jetzt noch ein Zitat aus deiner Juso-Zeit, 1973 hast du vertrieben: „Sozialisten sollen in der SPD erst Funktionen übernehmen, wenn die Partei hinter den Juso-Positionen stände. So verkehrt ist das ja nicht. Wenn sich die Partei nicht verändert hätte, etwa in der Friedenspolitik, in der Frage der Berufsverbote, dann hätte ich überhaupt keine Chance gehabt, zu kandidieren.“

1973 hast du wörtlich geschrieben: „Erst dann ist eine Legitimation für die Übernahme von Parteiämtern gegeben, wenn die Mitgliedschaft auch bereit ist, die sozialistische Programmatik der Jusos zu tragen.“ Haben wir jetzt diesen Zeitpunkt? (Schröder kichert) Ob das schon in vollem Umfang der Fall ist, das ist zumindest zweifelhaft. Ich betrachte mich sozusagen als Avantgarde in diesem Sinne. (Schröder lacht schallend)

Das Interview führte Jürgen Voges

Impressum (Bärin)

Die Tageszeitung Berlin erscheint Montag bis Samstag.
 Verleger: taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin 1000 Berlin 85, Wattstr. 11-12
 Sämtliche Nachdruckrechte beim Verleger.
 Druck: Bartholdy & Klein, Berlin 20
 Verantwortlicher Redakteur: I.S.d.Bln.P.G.: Peter Huth
 (für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung).
 Verantwortliche Redakteurin für den Berlin-Teil: Sabine Porn
 Zentralredaktion und Anschrift aller Verantwortlichen: 1000 Berlin 85, Wattstr. 11-12.
 Regional-Redaktionen:
 4630 Bochum, Pfalz 10 25 88 (0234) 33 15 33;
 6000 Ffm 90, Hamburger Allee 45 (069) 77 89 41;
 7800 Freiburg, Wilhelmstr. 15 (0761) 374 58;
 3000 Hannover, Odeonstr. 2 (0511) 1 38 61;
 2000 Hamburg 90, Nernstweg 32 (040) 39 11 88;
 6900 Heidelberg, Gaisbergstr. 97 (06221) 15 58 9;
 5000 Köln 1, Lindenstr. 17 (HH) (0211) 2471 74;
 8000 München 90, Kistlerstr. 1 (089) 89 80 87;
 8500 Nürnberg 30, (FRAZ-taz), Fintelwiesenstr. 7/HH (0911) 47 26 67 und 47 14 56
 7000 Stuttgart, Böblinger Str. 59 (0711) 60 53 54
 5300 Bonn (Bonner Büro), Kurt-Schumacher-Str. 1 (0228) 21 80 82
 Herstellung: contrapress Satz- und Druck GmbH & Co. Betriebs-KG, Berlin. Eigenvertrieb durch die Herausgeber.
 taz-Archivdienst: Informationsdienst (ID) - Alltern. Medienzentrum, Hamburger Allee 45, Postfach 900343, 6000 Ffm 90, Tel: 0611-70.43.52, Mo-Fr 13-18 Uhr.
 Anzeigenverwaltung: Holger Werner (verantwortl.), Compress GmbH, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 85, (030) 4609-238. (Nicht für Kleinanzeigen!) Zur Zt. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 9 vom 1.10. '83.
 Spendenkonto: Freunde der alternativen Tageszeitung e.V. / Pacha Berlin-West, Kto-Nr.: 43 45 75-109
 Bitte keine Abogelder auf's Spendenkonto!

Die Redaktionen in Berlin sind an den Tagen So. bis Fr. besetzt, Sa. nicht!

030 / 4609

Nachrichtenredaktion -220
 Frauen: -225 von 9-16
 Kultur: -236 von 10-15
 Wiese und Leserbriefe: nur schriftlich

Berlin-Teil -250 (Szene) /-252- von 11-19
 Lokalprarie: -247 von 10-30-12.30

Redaktion:
 Internationales: -242 von 9-16
 Betrieb/Gewerk.: -228/234 von 9-16
 Ökologie: -233/256 von 9-16
 Foto: -221 von 11-16
 Abos: -217
 Satz: -231 von 9-16
 Repro: -222 von 10-20
 Layout: -230 von 9-16
 Handverkauf-Berlin: -216 von 11-15

telex: 182 791 comp d
 telex: 185 938 taz d
 Telefax: 030 / 463 97 08

Bitte bei jedem Schreiben an die Tageszeitung den zutreffenden Bereich (z.B.: Abo, oder Wiese oder Öko usw.) auf dem Briefumschlag angeben - und bei Abo-Rückfragen die Abo-Nr. nicht vergessen! Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung (Rückporto belegen).

Taz-Inis

5300 Bonn 1, Wolfstr. 10, Hinterhaus (0228) 63 48 80 oder 35 87 13/4800 Bielefeld, c/o Umweltzentrum, Friedr. Richstr. 52-54 (0521) 17 90 82 / 2300 Kiel-1, Königsweg 7, (0431) 63 143 (abends: 68 44 70 - Jürgen) / 7750 Konstanz, c/o Nebelhorn, Münzgasse 2 (07531) 229 84

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Emigranten-Alltag

Vater und Kind hungern vorm Wohnungsamt

Frankfurt (taz). „Bitte kommen Sie helfen!“ hatte die junge Frau am Telefon gesagt. An eine Säule gelehnt hockte vorm Frankfurter Wohnungsamt der Türke Mustafa Ö. Auf dem Arm hielt er sein elf Monate altes Kind. Die Säule hatte er mit Fotokopien seines Briefwechsels mit dem Frankfurter Wohnungsamt, dem Kündigungsschreiben und der Korrespondenz mit der Friedberger BGB-Gemeinschaft Pollack & Janssen und mit handgeschriebenen Plakaten beklebt, auf denen zu lesen stand, daß er zusammen mit seinem Kind im Hungerstreik sei: „Wenn das Kind stirbt, ist das Wohnungsamt schuld!“

Die Dolmetscherin, die die taz angerufen hatte, erzählte, daß Mustafa Ö. seit fünf Jahren in der Bundesrepublik lebe. Vor zwei Jahren habe er seine Frau Rikiye geheiratet. Diese Woche soll er per Räumungsbefehl auf die Straße gesetzt werden, und, so sagt er, weder „die Zeitungen noch das Wohnungsamt geben uns eine Wohnung, weil wir Ausländer sind“. Nur ganz schlechte Wohnungen oder ganz teure seien ihnen angeboten worden.

Selbst die hätten sie genommen, wenn das Wohnungsamt nicht von sich aus andere Bewerber vorgezogen hätte. Mustafas Familie wohnte mit 25 anderen Emigrantenfamilien in der Friedberger Landstraße 109. Das Haus gehört einer Charlotte Pajonk, gegen die mehrere Verfahren wegen Mietwuchers angestrengt worden waren. Sie verkaufte an die Friedberger Gesellschaft, die allen Mietern zum Juni 1983 kündigte, weil sie das Haus renovieren lassen will. Das darf sie nach dem neuen Mietrecht auch. Fünfzehn Familien zogen aus, zehn blieben. Ihnen drehte die Firma das Wasser ab, verwies auf eine einzige Gemeinschaftstoilette im dritten Stock und verwandelte das Haus in eine Baustelle.

Der Leiter des Wohnungsamtes, Zeyen, der von sich aus sagte, daß ihm die „Negativ-Werbung“ vor der Tür seiner Behörde nicht angenehm sei, versuchte Klarheit in den Fall zu bringen, der exemplarisch ist für viele in der Bundesrepublik lebende Türken. Mustafa Ö. hat, weil er Asylbewerber ist, keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung. Seine Frau ist anspruchsberechtigt für sich und das Kind, weil sie Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis hat. Für sie wurde der Antrag auch gestellt.

Jedoch vermittelte das Amt in Unkenntnis der Situation und wohl auch wegen der Verständigungsschwierigkeiten Wohnungen in Mutter-Kind-Häusern. Niemand hielt es für nötig, diesen Irrtum zu revidieren. Die Außerung der Frau, daß ihre Möbel nicht in die kleinen Wohnungen paßten, löste erst einmal Unverständnis aus. Der Amtsleiter: „Hätten wir gewußt, daß sie verheiratet ist, hätten wir zugesehen, daß sie wenigstens eine größere Zweizimmerwohnung bekommt.“ Außerdem hätten sie der jungen Frau in Anbetracht der jetzigen Situation sicher geraten, sich an die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes zu wenden, denn die Firma Pollack und Co. sei dem Wohnungsamt nicht unbekannt. Man habe mit denen schon viel Ärger gehabt.

Die Situation der türkischen Familie ist fatal. Türkische Arbeitnehmer stehen dem System der deutschen Einheitsgewerkschaft oft mißtrauisch gegenüber, denn die „gelben Gewerkschaften“ in der Türkei sind durchaus nicht arbeitnehmerfreundlich. Die Sprachschwierigkeiten in diesem Fall führten dazu, daß auf dem Plakat stand, die Familie hungere mit ihrem Sohn. In den Akten des Wohnungsamtes war dieser Sohn eine Tochter. Als

wir Mustafa Ö. danach fragten, zuckte er die Schultern. Er könne nicht lesen, was auf seinem Flugblatt stünde, es sei für ihn übersetzt worden. An ihren Anwalt geriet die Familie durch Vermittlung eines Dolmetschers. Unter Frankfurter Kollegen gilt der zwar nicht als bewandert im Mietrecht, stattdessen aber sei er dafür bekannt, daß er sehr viele Ausländer nicht eben zu seinem Nachteil vertritt. Mustafa Ö. will versuchen, die Unterstützung „jergendeiner Kirche“ zu bekommen, wenn seine Wohnung geräumt wird. Für sich selbst, so sagt er, suche er gar keine Unterkunft. Auch das war auf dem Flugblatt mißverständlich. Davon, daß niemand so einfach auf die Straße gesetzt werden kann, wußte er nichts. Das Wohnungsamt erklärte sich bereit, das Sozialamt zu benachrichtigen, damit die Familie am Räumungstag „ordnungsgemäß“ in ihre alte Wohnung „wiedereingewiesen“ wird. Womit wieder einmal die Behörden, die zum Schutze derjenigen dasein sollten, die sonst keine Lobby haben, letztendlich damit beschäftigt sind, nur die schlimmsten Folgen von Spekulationsgeschäften auf dem Wohnungsmarkt zu mildern.

hei